

Seit 1924 ist die Finanzverwaltung Deutschlands der Firma USA unterstellt

Nachfolgendes erhalten durch den Bundesrath.

Wer nicht bereit ist die nachfolgenden Fakten zu lesen und zu erkennen, der wird wohl nicht bereit sein den Frieden auf diese Erde und nach Deutschland zu bringen.

Fakten die nicht verleugnet werden können:

Am 28. Oktober 1918 wurde auf dem Prager Wenzelsplatz offiziell die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei ausgerufen. Für die Völker der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie begann ein neues Kapitel ihrer Geschichte. (Obwohl das Versailler Diktat mit der Gebietsabtretung erst am 01.01.1920 in Kraft trat.)

Meuterei auf der Hochseeflotte, um deren eigenmächtiges Auslaufen zu verhindern. (Somit beginnt die Machtergreifung der Sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, Der Untergang der Monarchie ist die Absicht.)

Die durch Gewalt, Lüge, Massenmord, Betrug, Hungersnot, Vertreibung und dem Versailler Diktat erzwungenen und geschaffenen Republik Verfassung (Wolf im Schafspelz), verdanken wir den deutschen Parteien, Revolutionären, Nationalsozialisten und Nationalzionisten. Diese Weimarer Verfassung wurde durch eine Nationalversammlung beschlossen, die sich in der gleichen Verfassung wieder als Reichstag verwandelte. Es waren die gleichen Menschen die sich erst in die Nationalversammlung wählen ließen, um dann im Reichstag weiter zu handeln. Dieser Reichstag wurde im sogenannten Dritten Reich durch sein eigenes Ermächtigungsgesetz aufgelöst.

Bezüglich „freies unabhängiges Deutschland“ ist der nachfolgende Text von Herr Erhard Lorenz und Frau Ulla Lang, sehr aufschlussreich und gibt uns einen Einblick, der beweist, daß es definitiv seit 1919 kein freies Deutschland gibt.

Das Deutsche Volk im Januar 2025

Zur Lage Deutschland und des Deutschen Reiches heute nach **106 Jahren** und zur Lage des einmal so selbstbewußten und mächtigen Deutschen Volkes der Dichter und Denker. Das heutige Deutsche Volk scheint nicht mehr in der Lage zu sein aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe wieder seine Würde und seinen Platz als freies Volk unter allen Völkern dieser Welt zu erlangen, da es seine wahren Wurzeln verleugnet, notfalls auch mit Gewalt. Wie in den vergangenen 104 Jahren ist das Deutsche Volk selbst sein schlimmster Feind. Wie in all den Jahren zuvor, ist Habgier nach Macht, materiellen Werten, nach Positionen und nach Titeln größer, als der Wunsch in die Eigenverantwortung eines freien Volkes zu gehen. Es protestiert gegen den Krieg und produziert die Waffen und Munition für den Krieg. Es protestiert gegen die Chemielobby und produziert selbst diese Produkte in den Konzernen. Es protestiert für mehr Lohn und will gleichzeitig weniger Arbeiten. Es protestiert für mehr Freizeit, will aber in der Freizeit mehr Luxus, während im gleichen Atemzug in der dritten Welt 1000te Kinder pro Tag am Hunger sterben. Es protestiert gegen die BRD-GmbH, will aber von dieser Firma finanziell abgesichert sein und lebt nach deren Muster. Es protestiert gegen Ungerechtigkeit und ist selbst gegen die eigenen Familie ungerecht. Es protestiert gegen den Vatikan und lebt wie der Vatikan. **Es schimpft über die Ungerechtigkeit und ist sich**

selbst und seinen Nächsten gegenüber ungerecht und verantwortungslos.

Menschen die solche Argumente verwenden, werden durch das Volk beschimpft, intrigiert, verleumdet und bedroht, denn nun fühlt sich das Volk beleidigt, gekränkt, angegriffen, falsch verstanden oder ungerecht bewertet. Notfalls werden diese Menschen sogar als Feind des Deutschen Volkes bezeichnet und so sitzt es in seinem goldenen Käfig mit offener Tür und schmolzt mit der ganzen Welt, da es mißverstanden wird. Es fühlt sich verfolgt, ungerecht behandelt, kriminalisiert, ausgebeutet und überfremdet. Bevor es dann endlich gemeinsam und ohne Vorbehalt in Handlung und Verantwortung geht, spaltet es sich in neue Gruppierungen und gaukelt sich und der Welt vor, ein wahrer Freiheitskämpfer zu sein. (Bestes Beispiel hierfür ist die neue Spaltungsbewegung „Deutschland ist Deutschland“. Auch hier geht es nicht mehr um die Sache, sondern einzig und alleine um persönliche Bestrebungen und fehlende Beherztheit.)

Nun drei Fragen an das Volk der Deutschen:

- a) Du Deutsches Volk, was gedenkst Du nun zu tun?
- b) Wen willst Du für Deine Unterlassung und besonders dein NICHTSTUN verantwortlich machen?
- c) Ist dir Deutsches Volk schon aufgefallen, daß mittlerweile kaum noch Feinde vorhanden sind und so langsam klar wird, wer der wahre Feind ist und wo dieser zu finden ist?

Und wenn für Dich „Deutsches Volk“, doch alles in Ordnung ist, dann Sorge dich nicht, denn die „Mächtigen dieser Welt“ bieten auch Dir immer zwei Lebensformen an, a) als Sklaventreiber oder b) als Sklave. Zusätzlich versorgt uns Mutter Erde mit allem Lebensnotwendigen im Überfluß und ohne Unterlaß, trotz diesem verantwortungslosen Verhalten der Menschheit.

.....

Deutschlands Verluste 1. Weltkrieg - Ein Überblick

Quelle: Wolfgang Popp - Wehe den Besiegten/Versuch einer Bilanz der Folgen des Zweiten. Weltkrieges für das Deutsche Volk - ISBN 3-87847-191-2

Das Friedensdiktat von Versailles wurde am 28.6.1919 unterzeichnet, jedoch nicht für das Deutsche Reich sondern für die Weimarer Republik und allen nachfolgenden fremdbestimmten Organisationen, Reichsbewegung, BRD alt, usw.

Der Versailler Vertrag umfaßte 15 Teile mit insgesamt 440 Artikeln, inklusive 26 Artikeln der Völkerbundakte.

Gebiets- und Wirtschaftsverluste

Deutschland mußte wertvolle und alte Reichsgebiete in Europa und der Welt mit einer Fläche von rund 3 Millionen qkm abtreten. In Europa 13% deutschen Bodens mit einer Bevölkerung, die 10% ausmachte.

Eupen, Malmedy und Moresnet kamen an Belgien; Elsaß und Lothringen an Frankreich; Nordschleswig an Dänemark; Saarland an den Völkerbund; Teile von Schlesien und Ostpreußen, fast

ganz Westpreußen und Posen an Polen; das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei (am 28.10.1918 erstmals gegründet); Memelland an den Völkerbund unter Litauens Verwaltung; Danzig an den Völkerbund;

An die Sieger fielen: 75% Eisenvorkommen, 68% Zinkerzen, 26% Steinkohlevorkommen. Die Kohlegruben des Saarlandes fielen an Frankreich. Vom 1.12.1919 bis 1930 besetzten französische und belgische Truppenverbände mit 140 000 Mann Saarbrücken, das Rheinland und die Pfalz; ab 1920 auch den Maingau mit Frankfurt/Main, Wiesbaden, Homburg und Darmstadt.

Auf alliierten Konferenzen 1920/21 wurde Deutschland zur Zahlung von Kriegsentschädigung in Höhe von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahren, gefordert - bei Verzug wurden Gewaltmaßnahmen angedroht. Wegen angeblichen Zahlungsverzugs wurden schon im März 1921 als „Sanktionsmaßnahmen“ Köln (bis 1926), Koblenz, Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort, Mühlheim/Ruhr und Oberhausen von den Franzosen besetzt. Ein deutscher Antrag auf Stundung der Zahlung wurde abgelehnt. Am 27.4.1921 wurden die Reparationen auf 138 Milliarden Goldmark ermäßigt.

Alle Kolonien in Afrika und Asien (Deutsch-Südwest-Afrika, Deutsch-Ost-Afrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Guinea, Samoa, Kiautschou) mit einer Gesamtfläche von 2 962 842 qkm und einer Bevölkerung von 12 Mio wurde als Mandate des Völkerbundes an verschiedene Länder verteilt.

Kriegsentschädigung - Entmilitarisierung - Versailler Diktat

Ablieferung von 90% der bestehenden Handelsflotte, von Maschinen und Fabrikeinrichtungen, Lieferung großer Mengen an Vieh und Kohle, Übergabe des deutschen Überseekabels, Übernahme der gesamten Besatzungskosten, Verpflichtung zu Schuldverschreibungen über 80 Milliarden Goldmark, Einziehung der Vermögenswerte im Ausland, Wiedergutmachung aller in Frankreich entstandenen Kriegsschäden, der Internationalen Kommission für Wiedergutmachung diktatorische Vollmachten gegenüber allen Instanzen des Deutschen Reiches einzuräumen, die Internationalisierung von Rhein, Donau, Elbe, Oder, Memel und des Kaiser-Wilhelm-Kanals, den vorläufigen Ausschluß Deutschlands aus dem zu gründenden „Völkerbundes“. Ausschluß von den Olympischen Spielen 1920 und 1924. Zusätzlich eine noch festzusetzende Zahlung Gesamtkriegsschuld innerhalb von 30 Jahren.

Weitere Wirtschafts- und Luxusgüter

im Werte von 72 Millionen Goldmark als „Kriegsschuldtribute“: 2046 Salons, 3550 Polstermöbelgarnituren, 3520 Zimmeruhren, 3514 Herrenzimmer, 25999 Teppiche, 4400 Zierdecken, 9371 Eßzimmer, 2179 Korbmöbelgarnituren, 7024 Auflaufformen, 22136 Schlafzimmer, 5121 Kleiderschränke, 18685 Spiegel, 22720 Patentmatratzen, 9194 Küchen, 9513 Küchenuhren, 74044 Sektkelcher, 10905 Teewagen, 1750 Marktkörbe, 2119 Schreibtische, 18296 Tische, 54602 Stühle, 21165 Bilder, 4662 Einzel-Klubsessel, 91951 Läufer, 59700 Kochtöpfe, 47000 Fenstergarnituren, 4000 Pastetenformen, 51000 Puddingformen, 183983 Weingläser, 69822 Rotweingläser, 119661 Likörgläser, 11679 Kuchenformen, 12231 Kronleuchter, 17951 Nachttischlampen, 10126 Bügelbretter, 14563 Tischlampen. Nicht mitgerechnet 10000de beschlagnahmte Wohnungen, in denen die Möbel und Einrichtungsgegenstände, Wäsche und Geräte von den Besatzern genutzt wurden.

Reparationskonferenzen - Londoner Ultimatum

Reparationskonferenzen (Boulogne 1920, Spa 1920, Paris 1921) wurde Deutschland eine Summe von 269 Milliarden Goldmark auferlegt. Die Deutsche Reichsregierung lehnte diese horrende Summe ab (London 1921); Besetzung Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch die Franzosen. Londoner Ultimatum vom 4.5.1921, das die Anerkennung einer Reparationsschuld von insgesamt 138 Milliarden Goldmark (Tilgung in Jahresraten von je 2 Milliarden Goldmark, wobei neben dem Geld- auch Sachleistungen an Frankreich vorgesehen waren) und eine jährliche Abgabe in Höhe von 26% des deutschen Ausfuhrwertes forderte.

Oster-Massaker

Am 10.1.1923 besetzte Frankreich widerrechtlich zwecks „Kontrolle der deutschen Kohlelieferungen“ das Ruhrgebiet (bis 1930). Die deutsche Reichsregierung rief dagegen zum passiven Widerstand auf, den die Bevölkerung weitgehend befolgte. Eisenbahn, Post, Strom und Heizung fielen aus. 10 000 Deutsche wurden von den Franzosen verhaftet. Am 31.3.1923 beim Oster-Massaker in Essen, schossen die Besatzungstruppen auf unbewaffnete Krupp-Arbeiter - 13 Tote und 39 Verletzte. Weitere 124 Deutsche wurden im Verlauf der französischen Besatzung getötet.

Die Last der Reparationszahlungen ließen die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen. Auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 war 1 US-Dollar 4,2 Billionen Reichsmark wert. Im August 1923 beendete Reichskanzler Stresemann den passiven Widerstand gegen die französische Besatzung. Durch die Einführung der Rentenmark konnten die Finanzen halbwegs stabilisiert werden.

Deutsche Finanzverwaltung ganz den Alliierten unterstellt.

Am **16.8.1924** nahm die Reichsregierung auf Veranlassung der USA den „Dawes-Plan“ an, das die deutsche Finanzverwaltung ganz den Alliierten unterstellte bzw. der USA. Eisenbahn, bestimmte Zölle und Steuern wurden den Siegern verpfändet. Deutschland erhielt einen 800 Millionen Dollar-Kredit (an dem bis heute gezahlt wird!).

Bis 1929 kam die Weimarer Republik ihren Zahlungsverpflichtungen im wesentlichen nach, mußte jedoch Kredite ausländischer Kapitalgeber in Anspruch nehmen - jährliche Zinsbelastung 1,5 Milliarden Reichsmark.

Der „Dawes-Plan“ wurde 1929 durch den „Young-Plan“ abgelöst, der die deutschen Reparationszahlungen auf 59 Jahresraten zu je 2 Milliarden RM festlegte (d.h. bis zum Jahre 1988 und wenn wir davon ausgehen, dass von 1931 bis 1949 wieder nichts bezahlt wurde, dann kommen wir auf das Jahr 2007).

1930/31 Kündigung von Auslandskrediten, ein starker Gold- und Devisenabfluß führten dazu, daß sich Deutschland außerstande sah, überhaupt noch Reparationsleistungen zu erbringen.

Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich auf das Reich verheerend aus. 6.129.000 Menschen waren arbeitslos, hinzuzurechnen sind 1,6 Millionen Frauen, Jugendliche, Alte und Gelegenheitsarbeiter, die ebenfalls über keinen festen Arbeitsplatz verfügten.

Im Juni 1931 wurde mit dem „Hoover-Moratorium“ die Reparationszahlungen des Reiches für ein Jahr ausgesetzt. Am 9.7.1931 wurde in Lausanne ein Abkommen getroffen, das auf einer Restschuld in Höhe von drei Milliarden Reichsmark bestand, die von Deutschland nicht mehr beglichen wurden. Nach alliierten Berechnungen habe Deutschland von den 138 Milliarden Goldmark des Ersten Weltkrieges nur 21,8 Milliarden beglichen, nach deutschen Berechnungen 67,7 Milliarden Mark, was mit der unterschiedlichen Bewertung der Sachlieferungen zu tun hat.

Im Londoner Schuldenabkommen von 1952 wurden die Vorkriegsschulden behandelt. Die Regelung war rechtlich und ökonomisch eng verknüpft mit dem Abkommen der drei Westalliierten über die Nachkriegswirtschaftshilfe an Westdeutschland. Es kam zu einem Abkommen über die Vorkriegsschulden, dem die Bundesrepublik Deutschland wie folgt entsprach:

990 Millionen DM an die Inhaber von Bonds der ehemaligen Young-Anleihe, 341 Millionen DM an die Besitzer von Bonds aus der Dawes-Anleihe und 200 Millionen DM an Besitzer von Kreuger-Anleihe.

Offen sind (Stand 2000): Zinsrückstände 1945-52 in Höhe von 40,2 Millionen Mark (Dawes Anleihe), 175,8 Millionen Mark (Young-Anleihe), 23,4 Millionen Mark (Kreuger-Anleihe). Diese Zinszahlungen wurden bis zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zurückgestellt und kamen mit dem 3.10.1990 wieder auf die Tagesordnung. Zur Begleichung dieser Zinsrückstände wurden sog. Fundierungsschuldscheine mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgegeben. 1997 leistete die Bundesrepublik Deutschland hierauf eine Zinszahlung von 6,9 Millionen DM sowie eine Tilgung von 3,3 Millionen DM.

Vertreibung schon nach dem 1. Weltkrieg

Ab 1919 führte der polnische Staat eine systematische Entdeutschung der neugewonnen Gebiete durch. Auflösung deutscher Behörden und Garnisonen brachte rund 200 000 Ostflüchtlinge. Dann mußten alle Deutschen, die für Deutschland optiert hatten, sowie die Deutschen, die nach 1908 eingewandert waren oder nicht 12 Jahre ununterbrochen im Land gewohnt hatten, die Ostprovinzen verlassen.

Beschlagnahme und Auflösung von Pachtverträgen brachten rund 400 000ha aus deutscher in polnische Hand. Die Agrarreform vertrieb weitere Bauern.

Von 1918-1923 verließen mehr als 800 000 Deutsche ihre nun polnisch gewordene Heimat.

Der Deutschenanteil im Korridor (1910) sank von 65,1% auf 19,6%; Provinz Posen von 38,7% auf 14,3% (besonders stark in den Städten Thorn um 92,6%, in Graudenz um 89,6%, in Posen um 90,8%).

Österreich-Ungarn, die jahrhundertalte Doppelmonarchie wurde durch das Diktat von St. Germain zerschlagen; Österreich wurde Republik, Ungarn wurde selbständig. Das seit 1363 zum Habsburger Kaiserreich gehörende deutsche Südtirol ging an Italien, Untersteiermark und Südkärnten mit dem Kanaltal, Tarvis und Ödenburg an das neugebildete Jugoslawien, das Sudetenland an die am 28.10.1918 gegründete Tschechoslowakai.

Der Anschluß an das Deutsche Reich von der österreichischen Nationalversammlung am 12.11.1918 beschlossen, wurde von den Alliierten verboten; auch der beschlossene Name „Deutsch-Österreich“ wurde untersagt.

Mitte November 1918 okkupierten tschechische Truppen überraschend die deutschen Siedlungsgebiete; die deutsch-österreichische Regierung protestierte in treuhänderischer Fürsorgepflicht dagegen und verwies auf die klare Willensbekundung der Sudetendeutschen, „ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben; auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung wurde diese von den Siegermächten Großbritannien, Frankreich und Italien (USA lehnte dies ab) nachträglich zur Besetzung des Sudetenlandes ermächtigt. Damit wurde das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen, Mähren, Sudetenschlesien und auch in Österreich klar und unmißverständlich gebrochen. Die übrigen Teile der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie kamen an den 1916 von der deutschen und österreichischen Regierung(!) wiedererrichteten polnischen Staat (den es über 120 Jahre nicht mehr gegeben hatte) sowie an Rumänien.

Ende Mai 1921 lebten in Deutschland neben der Stammbevölkerung 1 Million Flüchtlinge aus dem Ausland und den ehemaligen Kolonien, aus Elsaß-Lothringen, Westpreußen, Posen, Oberschlesien, aus Rußland, dem Baltikum, Juden aus Osteuropa sowie im Ausland internierte Deutsche.

Deutsche Verluste durch Krieg, Nachkriegszeit und Vertreibung werden in der öffentlichen Diskussion kaum vorgestellt. Dieser Überblick kann nur unvollständig sein; das Buch von Wolfgang Popp ist auch als Nachschlagewerk dringend zu empfehlen.

Der einzige Weg in die Freiheit, der völkerrechtlich, nach nationalen sowie internationalen Gesetzen gegangen werden muß und der uns als legitime Rechtsnachfolger unseres Deutschlandes bzw. Deutschen Reiches, unter Beweis stellen wird.

Siehe auch:
<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/13-schritte-zur-souveraenitaet-deutschlands/>

Die nachfolgenden 13 Schritte und Entscheidungen sind der Schlüssel zur Erfreiung. Die ersten Fünf Schritte sind die Bedingung.

Erster Schritt:

[Anerkennung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913.](#)

Zweiter Schritt:

[Anerkennung und Annahme des Staatsgebietes wie es 1913 bzw. am 31. Juli 1914 bestand.](#)

Dritter Schritt:

[Anerkennung der Verfassung von 1871 für diesen Staat, letzter Stand 28. Oktober 1918.](#)

Vierter Schritt:

[Annahme der Gesetze wie diese zum Stand 28. Oktober 1918 bestanden haben.](#)

Fünfter Schritt:

Herstellung der Handlungsfähigkeit der gesetzgebenden Organe gemäß [Artikel 5 der Vollerfassung des Deutschen Reiches](#)

a) [Bundesrath](#) mit maximal 61 Bevollmächtigten (da aus dem freiwilligen Volk bestimmt). [Ab 2020 mit Deutschösterreich 72 Bevollmächtigte.](#)

b) „[Volks-“ Reichstag](#) mit maximal 397 Delegierten (da aus dem freiwilligen Volk bestimmt). [Ab 2020 mit Deutschösterreich 580 Delegierte.](#)

Sechster Schritt:

Einsetzung eines [stellvertretenden Reichskanzler](#) durch [7 Personen ohne politische, parteiliche oder scientologische Vorbelastung](#), die auch ausreichend Zeit und Arbeitskraft zur Verfügung haben.

Siebter Schritt:

[Inkraftsetzung von Übergangsgesetzen oder Erlassen](#), die den [Übergangsamtsitz bestimmt, die Übergangsstrukturen](#) festlegt und die Übernahme aller Liegenschaften, Organisationen, Behörden, Stiftungen, Vereine, Gewerbe usw. auf das Deutsche Reich gesetzlich vorschreibt.

Achter Schritt:

Herstellung der Handlungsfähigkeit des [Bundes- und Reichspräsidiums](#) (Präsidialsenat / Rath der Volksbeauftragten).

Neunter Schritt:

[Die BRD und die Botschaften der Welt schriftlich darauf hinweisen](#), daß der Mangel behoben ist.

Zitat:

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.

Gesetz zum Amtssitz:
<https://www.deutscher-reichsanzeiger.de/rgbl-1106012-nr08-erlass-amtssitz-aller-notwendigen-aemter/>

Zehnter Schritt:

[Die notwendigen Ämter und Organisationen mit Verantwortlichen Personen besetzen.](#)
[Die Judikative „DeGeHo“ nach Reichsrecht einrichten.](#)

(Aktuell (11.01.2025) sind ca. 40 Behörden besetzt. Und was machen die Reichsbürger und Bewegungen? – Sie wollen einen Kaiser!)

Elfter Schritt:

[Die Reichsämtler und alle notwendigen Behörden, handlungsfähig einrichten.](#)

Zwölfter Schritt:

[Nun das deutsche Volk über diese Situation flächendeckend informieren.](#) Wahlen für den Reichstag, sowie für den Präsidialsenat durchführen und die zukünftige politische Staatsform, abstimmen lassen.

Dreizehnter Schritt:

[Friedensvertragliche Regelungen vorbereiten.](#)
[Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Juli 1914 stellt den weltweiten Frieden her.](#)

Überarbeitet veröffentlicht durch Erhard Lorenz am 11. Januar 2025

Seit 1924 ist die Finanzverwaltung Deutschlands den Alliierten unterstellt

Nachfolgendes erhalten durch den Bundesrath.

Wer nicht bereit ist die nachfolgenden Fakten zu lesen und zu erkennen, der wird wohl nicht bereit sein den Frieden auf diese Erde und nach Deutschland zu bringen.

Fakten die nicht verleugnet werden können:

Am 28. Oktober 1918 wurde auf dem Prager Wenzelsplatz offiziell die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei ausgerufen. Für die Völker der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie begann ein neues Kapitel ihrer Geschichte. (Obwohl das Versailler Diktat mit der Gebietsabtretung erst am 01.01.1920 in Kraft trat.)

Meuterei auf der Hochseeflotte, um deren eigenmächtiges Auslaufen zu verhindern. (Somit beginnt die Machtergreifung der Sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, Der Untergang der

Monarchie ist die Absicht.)

Durch Verfassungsänderung erhält das Kaiserreich eine parlamentarische Regierungsform. Der Deutsche Reichstag beschließt das Gesetz zur Parlamentarisierung. Danach soll in Zukunft die Reichsregierung vom Vertrauen des Reichstages abhängig sein. Aber die Weimarer Verfassung wurde durch eine Nationalversammlung beschlossen, auch wenn sich diese Nationalversammlung in der gleichen Verfassung wieder als Reichstag umwandelte. Es waren die gleichen Menschen die sich erst in die Nationalversammlung wählen ließen, um dann im Reichstag weiter zu handeln. Dieser Reichstag wurde im sogenannten Dritten Reich durch sein eigenes Ermächtigungsgesetz aufgelöst.)

Bezüglich „freies unabhängiges Deutschland“ ist der nachfolgende Text von Erhard Lorenz und Frau Ulla Lang, sehr aufschlussreich und gibt uns einen Einblick, der beweist, daß es definitiv seit 1919 kein freies Deutschland gibt.

Das Deutsche Volk heute am 28. Oktober 2019

Zur Lage Deutschland und des Deutschen Reiches heute nach 101 Jahren und zur Lage des einmal so selbstbewußten und mächtigen Deutschen Volkes der Dichter und Denker. Das heutige Deutsche Volk scheint nicht mehr in der Lage zu sein aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe wieder seine Würde und seinen Platz als freies Volk unter allen Völkern dieser Welt zu erlangen, da es seine wahren Wurzeln verleugnet. Wie in den vergangenen 92 Jahren ist das Deutsche Volk selbst sein schlimmster Feind. Wie in all den Jahren zuvor, ist Habgier nach Macht, materiellen Werten, nach Positionen und nach Titeln größer, als der Wunsch in die Eigenverantwortung eines freien Volkes zu gehen. Es protestiert gegen den Krieg und produziert die Waffen und Munition für den Krieg. Es protestiert gegen die Chemielobby und produziert selbst diese Produkte in den Konzernen. Es protestiert für mehr Lohn und will gleichzeitig weniger Arbeiten. Es protestiert für mehr Freizeit, will aber in der Freizeit mehr Luxus, während im gleichen Atemzug in der dritten Welt 1000te Kinder pro Tag am Hunger sterben. Es protestiert gegen die BRD-GmbH, will aber von dieser Firma finanziell abgesichert sein und lebt nach deren Muster. Es protestiert gegen Ungerechtigkeit und ist selbst gegen die eigenen Familie ungerecht. Es protestiert gegen den Vatikan und lebt wie der Vatikan. Es schimpft über die Ungerechtigkeit und ist sich selbst und seinen Nächsten gegenüber ungerecht und verantwortungslos.

Menschen die solche Argumente verwenden, werden durch das Volk beschimpft, intrigiert, verleumdet und bedroht, denn nun fühlt sich das Volk beleidigt, gekränkt, angegriffen, falsch verstanden oder ungerecht bewertet. Notfalls werden diese Menschen sogar als Feind des Deutschen Volkes bezeichnet und so sitzt es in seinem goldenen Käfig mit offener Tür und schmolzt mit der ganzen Welt, da es mißverstanden wird. Es fühlt sich verfolgt, ungerecht behandelt, kriminalisiert, ausgebeutet und überfremdet. Bevor es dann endlich gemeinsam und ohne Vorbehalt in Handlung und Verantwortung geht, spaltet es sich in neue Gruppierungen und gaukelt sich und der Welt vor, ein wahrer Freiheitskämpfer zu sein. (Bestes Beispiel hierfür ist die neue Spaltungsbewegung „Deutschland ist Deutschland“. Auch hier geht es nicht mehr um die Sache, sondern einzig und alleine um persönliche Bestrebungen und fehlende Beherztheit.)

Nun drei Fragen an das Volk der Deutschen:

- a) Du Deutsches Volk, was gedenkst Du nun zu tun?
- b) Wen willst Du für Deine Unterlassung und besonders dein NICHTSTUN verantwortlich machen?
- c) Ist dir Deutsches Volk schon aufgefallen, daß mittlerweile kaum noch Feinde vorhanden sind und so langsam klar wird, wer der wahre

Feind ist und wo dieser zu finden ist?

Und wenn für Dich „Deutsches Volk“, doch alles in Ordnung ist, dann Sorge dich nicht, denn die „Mächtigen dieser Welt“ bieten auch Dir immer zwei Lebensformen an, a) als Sklaventreiber oder b) als Sklave. Zusätzlich versorgt uns Mutter Erde mit allem Lebensnotwendigen im Überfluß und ohne Unterlaß, trotz diesem verantwortungslosen Verhalten der Menschheit.

.....

Deutschlands Verluste 1. Weltkrieg - Ein Überblick

Quelle: Wolfgang Popp - Wehe den Besiegten/Versuch einer Bilanz der Folgen des Zweiten Weltkrieges für das Deutsche Volk - ISBN 3-87847-191-2

Das Friedensdiktat von Versailles wurde am 28.6.1919 unterzeichnet.

Der Versailler Vertrag umfaßte 15 Teile mit insgesamt 440 Artikeln, inklusive 26 Artikeln der Völkerbundakte.

Gebiets- und Wirtschaftsverluste

Deutschland mußte wertvolle und alte Reichsgebiete in Europa und der Welt mit einer Fläche von rund 3 Millionen qkm abtreten. In Europa 13% deutschen Bodens mit einer Bevölkerung, die 10% ausmachte.

Eupen, Malmedy und Moresnet kamen an Belgien; Elsaß und Lothringen an Frankreich; Nordschleswig an Dänemark; Saarland an den Völkerbund; Teile von Schlesien und Ostpreußen, fast ganz Westpreußen und Posen an Polen; das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei (am 28.10.1918 erstmals gegründet); Memelland an den Völkerbund unter Litauens Verwaltung; Danzig an den Völkerbund;

An die Sieger fielen: 75% Eisenvorkommen, 68% Zinkerzen, 26% Steinkohlevorkommen. Die Kohlegruben des Saarlandes fielen an Frankreich. Vom 1.12.1919 bis 1930 besetzten französische und belgische Truppenverbände mit 140 000 Mann Saarbrücken, das Rheinland und die Pfalz; ab 1920 auch den Maingau mit Frankfurt/Main, Wiesbaden, Homburg und Darmstadt.

Auf alliierten Konferenzen 1920/21 wurde Deutschland zur Zahlung von Kriegsschädigung in Höhe von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahren, gefordert - bei Verzug wurden Gewaltmaßnahmen angedroht. Wegen angeblichen Zahlungsverzugs wurden schon im März 1921 als „Sanktionsmaßnahmen“ Köln (bis 1926), Koblenz, Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort, Mühlheim/Ruhr und Oberhausen von den Franzosen besetzt. Ein deutscher Antrag auf Stundung der Zahlung wurde abgelehnt. Am 27.4.1921 wurden die Reparationen auf 138 Milliarden Goldmark ermäßigt.

Alle Kolonien in Afrika und Asien (Deutsch-Südwest-Afrika, Deutsch-Ost-Afrika, Kamerun, Togo, Deutsch-Guinea, Samoa, Kiautschou) mit einer Gesamtfläche von 2 962 842 qkm und einer Bevölkerung von 12 Mio wurde als Mandate des Völkerbundes an verschiedene Länder verteilt.

Kriegsschädigung - Entmilitarisierung - Versailler Diktat

Ablieferung von 90% der bestehenden Handelsflotte, von Maschinen und Fabrikeinrichtungen, Lieferung großer Mengen an Vieh und Kohle, Übergabe des deutschen Überseekabels, Übernahme der gesamten Besatzungskosten, Verpflichtung zu Schuldverschreibungen über 80 Milliarden Goldmark, Einziehung der Vermögenswerte im Ausland, Wiedergutmachung aller in Frankreich

entstandenen Kriegsschäden, der Internationalen Kommission für Wiedergutmachung diktatorische Vollmachten gegenüber allen Instanzen des Deutschen Reiches einzuräumen, die Internationalisierung von Rhein, Donau, Elbe, Oder, Memel und des Kaiser-Wilhelm-Kanals, den vorläufigen Ausschluß Deutschlands aus dem zu gründenden „Völkerbundes“. Ausschluß von den Olympischen Spielen 1920 und 1924. Zusätzlich eine noch festzusetzende Zahlung Gesamtkriegsschuld innerhalb von 30 Jahren.

Weitere Wirtschafts- und Luxusgüter

im Werte von 72 Millionen Goldmark als „Kriegsschuldtribute“: 2046 Salons, 3550 Polstermöbelgarnituren, 3520 Zimmeruhren, 3514 Herrenzimmer, 25999 Teppiche, 4400 Zierdecken, 9371 Eßzimmer, 2179 Korbmöbelgarnituren, 7024 Auflaufformen, 22136 Schlafzimmer, 5121 Kleiderschränke, 18685 Spiegel, 22720 Patentmatratzen, 9194 Küchen, 9513 Küchenuhren, 74044 Sektgläser, 10905 Teewagen, 1750 Marktkörbe, 2119 Schreibtische, 18296 Tische, 54602 Stühle, 21165 Bilder, 4662 Einzel-Klubsessel, 91951 Läufer, 59700 Kochtöpfe, 47000 Fenstergarnituren, 4000 Pastetenformen, 51000 Puddingformen, 183983 Weingläser, 69822 Rotweingläser, 119661 Likörgläser, 11679 Kuchenformen, 12231 Kronleuchter, 17951 Nachttischlampen, 10126 Bügelbretter, 14563 Tischlampen. Nicht mitgerechnet 10000de beschlagnahmte Wohnungen, in denen die Möbel und Einrichtungsgegenstände, Wäsche und Geräte von den Besatzern genutzt wurden.

Reparationskonferenzen - Londoner Ultimatum

Reparationskonferenzen (Boulogne 1920, Spa 1920, Paris 1921) wurde Deutschland eine Summe von 269 Milliarden Goldmark auferlegt. Die Deutsche Reichsregierung lehnte diese horrende Summe ab (London 1921); Besetzung Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch die Franzosen. Londoner Ultimatum vom 4.5.1921, das die Anerkennung einer Reparationsschuld von insgesamt 138 Milliarden Goldmark (Tilgung in Jahresraten von je 2 Milliarden Goldmark, wobei neben dem Geld- auch Sachleistungen an Frankreich vorgesehen waren) und eine jährliche Abgabe in Höhe von 26% des deutschen Ausfuhrwertes forderte.

Oster-Massaker

Am 10.1.1923 besetzte Frankreich widerrechtlich zwecks „Kontrolle der deutschen Kohlelieferungen“ das Ruhrgebiet (bis 1930). Die deutsche Reichsregierung rief dagegen zum passiven Widerstand auf, den die Bevölkerung weitgehend befolgte. Eisenbahn, Post, Strom und Heizung fielen aus. 10 000 Deutsche wurden von den Franzosen verhaftet. Am 31.3.1923 beim Oster-Massaker in Essen, schossen die Besatzungstruppen auf unbewaffnete Krupp-Arbeiter - 13 Tote und 39 Verletzte. Weitere 124 Deutsche wurden im Verlauf der französischen Besatzung getötet.

Die Last der Reparationszahlungen ließen die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen. Auf dem Höhepunkt der Inflation 1923 war 1 US-Dollar 4,2 Billionen Reichsmark wert. Im August 1923 beendete Reichskanzler Stresemann den passiven Widerstand gegen die französische Besatzung. Durch die Einführung der Rentenmark konnten die Finanzen halbwegs stabilisiert werden.

Deutsche Finanzverwaltung ganz den Alliierten unterstellt.

Am 16.8.1924 nahm die Reichsregierung auf Veranlassung der USA den „Dawes-Plan“ an, das die deutsche Finanzverwaltung ganz den Alliierten unterstellte. Eisenbahn, bestimmte Zölle und Steuern wurden den Siegern verpfändet. Deutschland erhielt einen 800 Millionen Dollar-Kredit (an dem bis heute gezahlt wird!).

Bis 1929 kam die Weimarer Republik ihren Zahlungsverpflichtungen im wesentlichen nach, mußte

jedoch Kredite ausländischer Kapitalgeber in Anspruch nehmen - jährliche Zinsbelastung 1,5 Milliarden Reichsmark.

Der „Dawes-Plan“ wurde 1929 durch den „Young-Plan“ abgelöst, der die deutschen Reparationszahlungen auf 59 Jahresraten zu je 2 Milliarden RM festlegte (d.h. bis zum Jahre 1988 und wenn wir davon ausgehen, dass von 1931 bis 1949 wieder nichts bezahlt wurde, dann kommen wir auf das Jahr 2007).

1930/31 Kündigung von Auslandskrediten, ein starker Gold- und Devisenabfluß führten dazu, daß sich Deutschland außerstande sah, überhaupt noch Reparationsleistungen zu erbringen. Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich auf das Reich verheerend aus. 6.129.000 Menschen waren arbeitslos, hinzuzurechnen sind 1,6 Millionen Frauen, Jugendliche, Alte und Gelegenheitsarbeiter, die ebenfalls über keinen festen Arbeitsplatz verfügten.

Im Juni 1931 wurde mit dem „Hoover-Moratorium“ die Reparationszahlungen des Reiches für ein Jahr ausgesetzt. Am 9.7.1931 wurde in Lausanne ein Abkommen getroffen, das auf einer Restschuld in Höhe von drei Milliarden Reichsmark bestand, die von Deutschland nicht mehr beglichen wurden. Nach alliierten Berechnungen habe Deutschland von den 138 Milliarden Goldmark des Ersten Weltkrieges nur 21,8 Milliarden beglichen, nach deutschen Berechnungen 67,7 Milliarden Mark, was mit der unterschiedlichen Bewertung der Sachlieferungen zu tun hat.

Im Londoner Schuldenabkommen von 1952 wurden die Vorkriegsschulden behandelt. Die Regelung war rechtlich und ökonomisch eng verknüpft mit dem Abkommen der drei Westalliierten über die Nachkriegswirtschaftshilfe an Westdeutschland. Es kam zu einem Abkommen über die Vorkriegsschulden, dem die Bundesrepublik Deutschland wie folgt entsprach:

990 Millionen DM an die Inhaber von Bonds der ehemaligen Young-Anleihe, 341 Millionen DM an die Besitzer von Bonds aus der Dawes-Anleihe und 200 Millionen DM an Besitzer von Kreuger-Anleihe.

Offen sind (Stand 2000): Zinsrückstände 1945-52 in Höhe von 40,2 Millionen Mark (Dawes Anleihe), 175,8 Millionen Mark (Young-Anleihe), 23,4 Millionen Mark (Kreuger-Anleihe). Diese Zinszahlungen wurden bis zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zurückgestellt und kamen mit dem 3.10.1990 wieder auf die Tagesordnung. Zur Begleichung dieser Zinsrückstände wurden sog. Fundierungsschuldscheine mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgegeben. 1997 leistete die Bundesrepublik Deutschland hierauf eine Zinszahlung von 6,9 Millionen DM sowie eine Tilgung von 3,3 Millionen DM.

Vertreibung schon nach dem 1. Weltkrieg

Ab 1919 führte der polnische Staat eine systematische Entdeutschung der neugewonnen Gebiete durch. Auflösung deutscher Behörden und Garnisonen brachte rund 200 000 Ostflüchtlinge. Dann mußten alle Deutschen, die für Deutschland optiert hatten, sowie die Deutschen, die nach 1908 eingewandert waren oder nicht 12 Jahre ununterbrochen im Land gewohnt hatten, die Ostprovinzen verlassen.

Beschlagnahme und Auflösung von Pachtverträgen brachten rund 400 000ha aus deutscher in polnische Hand. Die Agrarreform vertrieb weitere Bauern.

Von 1918-1923 verließen mehr als 800 000 Deutsche ihre nun polnisch gewordene Heimat.

Der Deutschenanteil im Korridor (1910) sank von 65,1% auf 19,6%; Provinz Posen von 38,7% auf 14,3% (besonders stark in den Städten Thorn um 92,6%, in Graudenz um 89,6%, in Posen um 90,8%).

Österreich-Ungarn, die jahrhundertealte Doppelmonarchie wurde durch das Diktat von St. Germain zerschlagen; Österreich wurde Republik, Ungarn wurde selbständig. Das seit 1363 zum Habsburger Kaiserreich gehörende deutsche Südtirol ging an Italien, Untersteiermark und Südkärnten mit dem Kanaltal, Tarvis und Ödenburg an das neugebildete Jugoslawien, das Sudetenland an die am 28.10.1918 gegründete Tschechoslowakai.

Der Anschluß an das Deutsche Reich von der österreichischen Nationalversammlung am 12.11.1918 beschlossen, wurde von den Alliierten verboten; auch der beschlossene Name „Deutsch-Österreich“ wurde untersagt.

Mitte November 1918 okkupierten tschechische Truppen überraschend die deutschen Siedlungsgebiete; die deutsch-österreichische Regierung protestierte in treuhänderischer Fürsorgepflicht dagegen und verwies auf die klare Willensbekundung der Sudetendeutschen, „ihre Freiheit aufrechtzuerhalten und vom tschechoslowakischen Staat unabhängig zu bleiben; auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung wurde diese von den Siegermächten Großbritannien, Frankreich und Italien (USA lehnte dies ab) nachträglich zur Besetzung des Sudetenlandes ermächtigt. Damit wurde das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Böhmen, Mähren, Sudetenschlesien und auch in Österreich klar und unmißverständlich gebrochen. Die übrigen Teile der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie kamen an den 1916 von der deutschen und österreichischen Regierung(!) wiedererrichteten polnischen Staat (den es über 120 Jahre nicht mehr gegeben hatte) sowie an Rumänien.

Ende Mai 1921 lebten in Deutschland neben der Stammbevölkerung 1 Million Flüchtlinge aus dem Ausland und den ehemaligen Kolonien, aus Elsaß-Lothringen, Westpreußen, Posen, Oberschlesien, aus Rußland, dem Baltikum, Juden aus Osteuropa sowie im Ausland internierte Deutsche.

Deutsche Verluste durch Krieg, Nachkriegszeit und Vertreibung werden in der öffentlichen Diskussion kaum vorgestellt. Dieser Überblick kann nur unvollständig sein; das Buch von Wolfgang Popp ist auch als Nachschlagewerk dringend zu empfehlen.

Geschrieben, Februar 2002/Ulla Lang

Der einzige Weg in die Freiheit, der völkerrechtlich, nach nationalen sowie internationalen Gesetzen gegangen werden muß und der uns als legitime Rechtsnachfolger unseres Deutschlandes bzw. Deutschen Reiches, unter Beweis stellen wird.

Siehe auch: <https://www.bundespraesidium.de/13schritte.htm>

Die nachfolgenden 13 Schritte und Entscheidungen sind der Schlüssel zur Erfreiung. Die ersten Fünf Schritte sind die Bedingung.

Erster Schritt:

Anerkennung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913.

Zweiter Schritt:

Anerkennung und Annahme des Staatsgebietes wie es 1913 bzw. am 31. Juli 1914 bestand.

Dritter Schritt:

Anerkennung der Verfassung von 1871 für diesen Staat, letzter Stand 28. Oktober 1918.

Vierter Schritt:

Annahme der Gesetze wie diese zum Stand 28. Oktober 1918 bestanden haben.

Fünfter Schritt:

Herstellung der Handlungsfähigkeit der gesetzgebenden Organe gemäß Artikel 5 der Verfassung

a) Bundesrath mit maximal 61 Bevollmächtigten (da aus dem freiwilligen Volk bestimmt).

b) „Volks-“ Reichstag mit maximal 397 Delegierten (da aus dem freiwilligen Volk bestimmt).

Sechster Schritt:

Einsetzung eines stellvertretenden Reichskanzler durch 7 Personen ohne politische, parteiliche oder scientologische Vorbelastung, die auch ausreichend Zeit und Arbeitskraft zur Verfügung haben.

Siebter Schritt:

Inkraftsetzung von Übergangsgesetzen oder Erlassen, die den Übergangsamtsitz bestimmt, die Übergangsstrukturen festlegt und die Übernahme aller Liegenschaften, Organisationen, Behörden, Stiftungen, Vereine, Gewerbe usw. auf das Deutsche Reich gesetzlich vorschreibt.

Achter Schritt:

Herstellung der Handlungsfähigkeit des Reichspräsidiums (Präsidialsenat / Rath der Volksbeauftragten).

Neunter Schritt:

Die BRD und die Botschaften der Welt schriftlich darauf hinweisen, daß der Mangel behoben ist.

Zitat:

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.

(Seit 5 Jahren kommen wir über den Schritt 10 nicht mehr hinaus, da die Deutsche immer noch hoffen, daß es einen Erlöser gibt)

Zehnter Schritt:

Die notwendigen Ämter und Organisationen mit Verantwortlichen Personen besetzen. Die Judikative nach Staatsrecht einrichten. Die Bundesstaaten aktivieren. (Neue Verfassung erarbeiten und in Kraft setzen.)

Elfter Schritt:

Die Reichsämtler und alle notwendigen Behörden, handlungsfähig einrichten.

Zwölfter Schritt:

Nun das deutsche Volk über diese Situation flächendeckend informieren. Wahlen für den Reichstag, sowie für den Präsidialsenat durchführen und die zukünftige politische Staatsform, abstimmen lassen.

Dreizehnter Schritt:

Friedensvertragliche Regelungen vorbereiten.

Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Juli 1914 stellt den weltweiten Frieden her.

Erstellt durch Erhard Lorenz am 28. Oktober 2010